

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **24 (1944-1945)**

Heft 8

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Politische Rundschau

Zur Lage

Am 12. November jährte sich zum sechsundzwanzigsten Male der Tag, da sich der schweizerische Bundesrat veranlaßt gesehen hatte, die russische Gesandtschaft in der Schweiz — vor kurzem erst zugelassen — aus dem Gebiete der Eidgenossenschaft auszuweisen. Die Maßnahme geschah im Gefolge von Umständen, deren man sich heute bei uns nur ungern erinnert, und zwar nicht nur ungern in den Kreisen, die jene Umstände zu vertreten hatten, sondern in der Gesamtheit des Volkes — sind wir alle doch zu tiefst, und recht selbstgerecht, von der Überzeugung eigentlich durchdrungen, diesmal hätten wir doch alles ganz anders gemacht, und unvergleichlich viel besser; und Lagen, wie wir sie damals erlebten, könnten heute überhaupt nicht mehr vorkommen.

Richtet man nun freilich den Blick auf das seltsame Bild der Reaktionen, wie sie durch die russische Abfage hierzulande geschahen, so möchte mancher in jener selbstsicheren Überzeugung schnell etwas unsicher werden; denn, was unter dem frischen Eindruck dieses Ereignisses vor allem zur Linken geschrieben und geredet wurde, und die Tendenz, die dabei aus Vielem sprach, läßt leider hie und da nichts anderes als einen Rückfall in den Herbst des Jahres 1918 befürchten — oder gar schon feststellen. Jedenfalls gilt das, in ganz ausgesprochenem Maße, für gewisse Parteien des äußersten linken Flügels. Und leider — ebenfalls parallel zu 1918 — auch für einige Kreise des Bürgertums, die fast den Anschein machen, als wären sie im Begriffe, den Kopf zu verlieren — ebenfalls genau so, wie es damals geschah.

Das sowjetrussische Reich hat der Schweiz einen diplomatischen Refus erster Klasse erteilt — und sogar einen Refus in Formen, die sich ganz bewußt von den diplomatischen Usancen der Welt entfernen. Und wenn die schweizerische Diplomatie behauptet, daß ihre Bemühungen um Moskau schon bis zum März 1944 zurückgingen, und wenn sie sagt, es sei anscheinend alles auf gutem Wege gewesen — umso schlimmer, sagt sich da der Bürger, und umso schlimmer war denn auch der Schlag, umso schwerer mußte er treffen. Es ist also eine regelrechte diplomatische Niederlage vorhanden, und der verantwortliche Leiter unserer Außenpolitik hat die entsprechenden Folgerungen daraus gezogen.

Man hat gesagt, solche Folgerungen wären bei uns nicht üblich. Aber solche diplomatischen Niederlagen sind es noch viel weniger. Auch hat Herr Pilet-Golaz vor langem erklärt, der Außenminister der Nachkriegszeit solle nicht der Außenminister der Kriegszeit sein. Was aber mit den Sowjets zur Behandlung stand, das ist ja gerade ein Problem der Nachkriegszeit in erster Linie — und dazu ein Problem, das ganz besonders die entsprechend weitdisponierende Führung verdiente. Nachdem diese offensichtlich nicht vorhanden war, die Fragen der Kriegszeit zudem auch allgemein immer schärfer durch die Nachkriegsaufgaben überschattet werden, mußte der ohnehin grundsätzlich vorgesehene Wechsel eben schon jetzt fällig werden. Konnte es zweckmäßig sein, ihn weiter hinauszuzögern? Wir glauben kaum. Übrigens ist der Rücktritt des zuständigen Bundesrates, soweit bisher festgestellt, im befreundeten Ausland nur vereinzelt als „unter

fremdem Druck“ erfolgt hingestellt worden. Ganz allgemein auch wird man sich übrigens in der Schweiz darüber klar sein müssen, daß das — kriegführende! — **U s l a n d** unseren Dingen zur Stunde, und wohl noch in kommender bewegter Zeit, stets ein nur recht begrenztes Interesse entgegenbringen will und kann. Deshalb mag man auch, ganz abgesehen von gewissen grundsätzlichen Erwägungen, die es gebieterisch erheischen, bei uns gut tun, das Problem, das selbstverständlich in seiner ganzen Bedeutung weiter besteht, in dem steten Bewußsein zu behandeln, daß wir auf fremde Unterstützung immer nur in zweiter oder dritter Linie rechnen, grundsätzlich aber **n u r a u f u n s s e l b s t z ä h l e n** können. Solche Erkenntnis tut gut; sie hilft, manche Unsicherheiten, manche Hemmungen in fälligen Entschlüssen zu überwinden.

Im übrigen mögen die **L e h r e n**, die aus der diplomatischen Niederlage vom 4. November 1944 zu ziehen sind, von den **z u s t ä n d i g e n S t e l l e n** gezogen werden, und zu ihnen gehört wohl nicht der diplomatische Apparat allein. Wir ändern aber sollten uns davor hüten, etwa den **T r o g k o p f** aufsetzen zu wollen, den manche uns nur zu gerne bereithalten möchten. Die **S o w j e t s** werden im kommenden Europa ein **g e w i c h t i g e s W o r t** sprechen, und wir alle wünschen, mit ihnen gelegentlich ins Gespräch zu kommen. Nicht zuletzt unserer **W i r t s c h a f t** wird daran gelegen sein, und an sie, die uns die Arbeit gibt, ist in erster Linie zu denken — und dieser Einstellung wird auch der sich zu befeißigen suchen, der sich über die immerhin beschränkten Ausmaße solcher wirtschaftlicher Perspektiven gerade in diesem Falle im klaren sein wird. Daß aber die fällige Verbindung mit Rußland auf der schmalen Basis vom Frühjahr 1941 nicht mehr erhältlich sein wird (als Rußland noch relativ schwach war), daß sie vielmehr einer wesentlich breiteren Basis bedarf — darüber wird man sich bei uns zweckmäßig Rechenschaft geben müssen, wie es denn auch angezeigt erscheint, unsererseits nicht allzusehr immer wieder auf die protokolllarisch erfolgte Erledigung des **W o r o w s k i - C o n r a d i - H a n d e l s** vom Jahre 1927 zu verweisen, oder etwa darauf, die Sowjets hätten doch auch mit dem faschistischen Italien diplomatische Beziehungen gepflogen, und ähnliches — denn dies geschah ja alles selbstverständlich **u n t e r g a n z a n d e r e n V o r a u s s e t z u n g e n** — unter allgemeinen Bedingungen, die heute nicht nur überholt, sondern umgestürzt sind.

Trotzdem sollte es, so möchten wir annehmen, nicht allzu schwer fallen, diese offensichtliche Lücke in unserer diplomatischen Front allmählich zu schließen, auch wenn sie nun schon im sechsundzwanzigsten Jahre besteht. Schließlich hat die Schweiz in wirtschaftlicher Beziehung nicht wenig zu bieten, und das betrifft nicht allein die Gegenstände unserer Produktion, beispielsweise in der Maschinenbranche, sondern noch andere Aktiva wirtschaftlicher Natur, die hier nur angedeutet sein sollen; auch erfreut sich die Schweiz im allgemeinen doch einer **o r d e n t l i c h g e a c h t e t e n P o s i t i o n** bei der Mächtegruppierung, die im Begriffe steht, diesen Krieg für sich zu entscheiden (man sieht das wieder an der Tatsache, wie sehr die Erklärungen unserer Wirtschaftsbelegierten, die sich zur Zeit in U.S.A. befinden, international beachtet werden) — und was eine geschickte Diplomatie betrifft, in diesem Falle eine geschickte schweizerische Diplomatie, so sollte es ihr wohl gelingen, die stets und immer wieder festzustellenden, vorerst noch latenten Gegensätze der angelsächsischen Gruppe zu den Sowjets für ihre Zwecke auszunutzen.

Voraussetzung aber für dies, und für alles, was irgendwie damit zusammenhängt — **u n a b d i n g b a r e V o r a u s s e t z u n g** —, ist nun aber freilich, daß

wir im inneren Sektor entschlossen Ordnung halten. Dazu gehört in erster Linie, daß das Bürgertum unverzüglich diejenigen zurechtweist, die aus dem Zwischenfall innerpolitisch Kapital zu schlagen versuchen. Das ist gar nicht unmöglich. Denn die bürgerlichen Parteien haben es hier in der Hand, sofort und zweckentsprechend einzugreifen, indem sie, kalten Blutes und mit aller Deutlichkeit, der Linken zu verstehen geben, in welchem Lager in Wahrheit die Mehrheit des Volkes steht. Denn es ist gar nicht wahr, es ist nur eine völlig unbeträchtliche Behauptung der Linken, „das Volk“ verlange eine Änderung der politischen Linie des Bundesrates, „das Volk“ verlange die Anpassung an die „neue Zeit“ von 1944. Die Wahrheit ist, daß dieses Volk: die Masse unserer ruhigen Arbeiterschaft (man blättere in der Gewerkschaftspressen), das Heer der Gewerbetreibenden, und vor allem auch unsere ganze Bauernschaft gar nicht daran denkt, die Führung unserer schweizerischen Politik etwa den Einflüssen eines Herrn Nicole, oder den Eskapaden einiger wildgewordener Intellektueller, oder am Ende dem Einfluß jener Teile des städtischen Bürgertums zu überlassen, die — mit Bedauern sei es festgestellt — ganz offensichtlich im Begriffe sind, wegen des Zwischenfalles mit Herrn Molotow die Nerven zu verlieren. Denn dies will uns fast als das Bedenklichste an dem bisherigen Verlauf der ganzen Angelegenheit erscheinen: daß mancherorts der Schrecken umgegangen ist. Zwar ist dies Gefühl leider verständlich dort, wo eine Propaganda, die vielleicht das Einfältigste darstellt, das man sich wohl vorstellen kann, Stalin und seine Sowjets dem biederen Schweizer nun bereits über Monate, über Jahre je einmal wöchentlich als die verkannten Englein hinstellt — und dies ist, wie man weiß, weitherum unter dem Bürgertum unserer Städte mit großem Erfolg geschehen. Allein die Konsequenzen sind, wie wir sahen, schwerwiegend. Die Standfestigkeit ist mancherorts erschüttert, Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen oft geschwächt. Dabei wird man sich jedoch im Volke völlig klar sein müssen, daß der Molotow-Zwischenfall wohl der erste ist, aber sicher nicht der letzte, und sicher auch nicht der schwerwiegendste sein wird, mit dem uns das mächtige neue Rußland aufwarten dürfte. Und wie nun nicht daran zu zweifeln ist, daß diese — und kommende — Schwierigkeiten, mit einigem Geschick gemeistert werden können, so steht eben, zum andern, fest, daß dies niemals aus einer Verfassung der Labilität, niemals aus einer Verfassung der Weichheit, sondern allein durch eine völlig nüchterne, realpolitische und — vor allem — nicht zu erschütternde Standfestigkeit des ganzen Volkes geschehen kann.

Daß schließlich der gesunde Sinn des Volkes hier den richtigen Weg weisen wird, darüber ist für uns kein Zweifel — es kommt nur darauf an, daß unsere bürgerlichen Parteien jetzt ihre Stunde erkennen und die vorhandenen Kräfte, die Abwehrkräfte dieses Volkes, überlegt und würdig, aber auch entschlossen und ohne Furcht einsetzen. Wie aber das Volk in Wahrheit denkt — dafür möge das nachfolgende Zitat dienen, das wir der „Inneren Schweizer Bauernzeitung“ vom 22. September 1944 entnehmen, und mit dem wir zugleich — in völlig zustimmendem Sinne — diese Ausführungen schließen wollen:

„Gschäch nüt böfers!“

Wie wir einem Bericht des Londoner Korrespondenten der „Tat“ (Nr. 244) entnehmen, befaßte sich die russische Zeitschrift „Der Krieg und die Arbeiterklasse“ neuerdings mit dem Verhältnis Moskaus zu jenen neutralen

Staaten, welche keine diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion unterhalten. Dies geschah in Form von zwei zur Veröffentlichung gelangten Briefen. Der erste ist von fünf Gewerkschaftsführern unterzeichnet und greift in bitteren Worten Länder wie die Schweiz und Portugal an. Diese Neutralen hätten es mit ihren Gewissen vereinbar gefunden, einerseits Hitler-Deutschland Vorschub zu leisten und andererseits ein feindseliges Verhalten gegen Rußland (den „Führer im Kampf gegen die Barbarei“) zu zeigen. Es sei kein Zufall, daß Länder, die in ihren Banken das Gold der Naziführer hüten und in denen Gestapoleute Grundbesitz aufkaufen, auch diejenigen seien, die der Sowjetunion noch immer die Anerkennung verweigern. Eine solche Haltung fordere energische und wirksame Gegenmaßnahmen. Die Verfasser des Briefes schlagen deshalb einen radikalen politischen und ökonomischen Boykott dieser Länder vor. Eine andere Zuschrift spricht sich indessen gegen einen Boykott der Schweiz aus: „Warum eine Null boykottieren?“, fragt der Schreiber. Die Schweiz sei ein kleiner und unbedeutender Staat. Eine Aktion gegen sie würde aber den Feinden der Sowjetunion zum Vorwand dienen, sie der Ungerechtigkeit gegen schwache Länder anzuklagen. In einem Punkte allerdings stimmen beide Briefe überein: Die Schweiz könne in Zukunft nicht mehr als „diplomatisches Hotel“ für internationale Konferenzen in Frage kommen, und das Hauptquartier der neuen Weltorganisation müsse in einem andern Lande aufgeschlagen werden. Mit dieser Forderung hauen diese Briefe in dieselbe Kerbe wie die russischen Delegierten in Dumbarton Oaks, die dem Vernehmen nach jeder Verbindung des neuen Völkerbundes mit Genf ein unüberwindliches Veto entgegengesetzt haben sollen. —

Auf die ungereimten Behauptungen des ersten der erwähnten Briefe einzutreten, hat keinen Sinn. Man müßte sonst auch die Frage abklären, woher die unterirdische kommunistische Bewegung der Schweiz die enormen Gelder bezieht, welche ihre sehr kostspielige illegale Propaganda zweifellos kostet!

Was nun die furchtbare Drohung anbetrifft, den Sitz des Völkerbundes Nr. 2 nicht nach Genf, d. h. überhaupt nicht in die Schweiz zu verlegen, so wird das Schweizervolk dieselbe mit einem Gefühl der Erleichterung entgegennehmen. Die internationale Stellung der Schweiz war durch den ersten Völkerbund derart belastet, daß wir auf eine Erneuerung der Ehre, Sitz eines so schwierigen Gebildes zu sein, mit Vergnügen verzichten. Dies um so lieber, als allem Anschein nach die Kleinstaaten im neuen Völkerbund noch weniger zu bedeuten haben werden als im verfloffenen. Wessen sich kleine Völker speziell seitens Moskaus zu versehen haben, ist uns seit 1939 eindrücklich demonstriert worden, und wem der Dolchstoß in den Rücken Polens, der erste Finnland-Krieg und die Vergewaltigung der baltischen Staaten noch nicht genügen, der lese die soeben veröffentlichten Waffenstillstandsbedingungen für Finnland.

H.“

J m F e l d e, den 17. November 1944.

J a n n v. S p r e c h e r.